

# Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine des Bundesverbands Mitarbeiterbeteiligung zur Bundestagswahl 2017



---

## CDU / CSU

Die Antworten von CDU und CSU auf unsere Fragen fallen knapp aus und bleiben wage. Im Wesentlichen gleichen sie denen von der letzten Bundestagswahl. So bekunden die Unionsparteien erneut, dass die Mitarbeiterbeteiligung für sie ein zentrales Anliegen und Ausdruck gelebter Sozialpartnerschaft sei. Neben der Vermögensbildung bei den Arbeitnehmern käme der Mitarbeiterbeteiligung angesichts des Bevölkerungswandels eine wachsende Bedeutung bei der Bindung qualifizierter Fachkräfte zu.

Konkrete Antworten bleiben CDU / CSU auch bei den vorgeschlagenen Fördermaßnahmen schuldig. Sie erklären lediglich, die Voraussetzungen für die Mitarbeiterbeteiligung weiter verbessern zu wollen, indem die geltenden steuerlichen und sozialversicherungspflichtigen Rahmenbedingungen geprüft und schrittweise attraktiver ausgestaltet werden sollen. Auch diese Aussage ist im selben Wortlaut in den Wahlprüfstein von 2013 zu finden. Allein geändert hat sich an den Rahmenbedingungen in den vergangenen vier Jahren nichts.



---

## SPD

Auch die SPD hält sich in ihren Antworten an das Deutsche Aktieninstitut an den Wortlaut ihrer Antworten auf unsere Wahlprüfsteine aus dem letzten Wahlkampf. Sie sehen in der Mitarbeiterkapitalbeteiligung eine gute Möglichkeit, um Mitarbeiter am Erfolg des Unternehmens zu beteiligen. Angesichts der Vermögensverteilung in Deutschland wollen die Sozialdemokraten die Vermögenslage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern und ihnen einen fairen Anteil am ökonomischen Erfolg ermöglichen.

Ob und welche konkreten Maßnahmen die SPD ergreifen will, die Mitarbeiterkapitalbeteiligung attraktiver zu gestalten, lässt sie offen. Ein ganz wichtiger Punkt bleibt für sie aber, dass die Unternehmensbeteiligungen der Arbeitnehmer im Insolvenzfall gesichert sind und dass die Mitarbeiterkapitalbeteiligung nicht in Konkurrenz insbesondere zur gerade neu gestalteten betrieblichen Altersvorsorge tritt.



---

## Freie Demokraten

Die Freien Demokraten treten für ein Volk von Eigentümern ein. Darum wollen sie in allen Bereichen der geförderten Altersvorsorge die Möglichkeiten und Anreize ausweiten, auch in Aktien und anderen Unternehmensbeteiligungen zu investieren. In diesem Zusammenhang wollen sie die Mitarbeiterbeteiligung am Unternehmenserfolg und -kapital vorantreiben, wozu auch die Erhöhung des Steuerfreibetrags für die Mitarbeiterkapitalbeteiligung gehört. Jedoch darf es aus Sicht der FDP keinen gesetzlichen oder tariflichen Zwang für Beteiligungsprogramme geben. Diese sollen freiwillig von Beschäftigten und Arbeitgebern vereinbart werden. Darüber hinaus halten die Freien Demokraten die Harmonisierung internationaler Standards für sinnvoll, um grenzüberschreitende Beteiligungen zu vereinfachen oder erst zu ermöglichen.



---

## Bündnis 90 / Die Grünen

Die Grünen sehen in der Mitarbeiterkapitalbeteiligung sowohl im Rahmen der Vermögensbildung als auch im Rahmen der privaten Altersvorsorge eine interessante Anlageform innerhalb eines breit diversifizierten Anlageportfolios. Anderenfalls wären im Fall einer Insolvenz des Unternehmens gleichzeitig das Einkommen und das angesparte Vermögen der Arbeitnehmer/ -innen bedroht.

Die Förderung der privaten Altersvorsorge wollen sie stärker auf kleine bis mittlere Einkommen fokussieren und außerdem erreichen, dass die betriebliche Altersvorsorge allen Beschäftigten zugutekommt. Derzeit planen die Grünen jedoch keine steuerlichen oder anderen gesetzlichen Änderungen in Bezug auf die Mitarbeiterkapitalbeteiligung. Gleichwohl begrüßen sie es, wenn auf tariflicher oder betrieblicher Ebene Vereinbarungen zur Beteiligung der Beschäftigten am Unternehmenserfolg getroffen werden.



---

## Die Linke

Die Linke befürwortet eine signifikante „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“. Diese wollen sie jedoch nicht primär über den Umweg des Sparens und der Kapitalanlage sondern über einen klaren steuer- und abgabenpolitischen Kurswechsel und einer Beteiligung an den wachsenden Gewinnen und Profiten erreichen. Die Mitarbeiterbeteiligung ist für die Linke deshalb eine Möglichkeit der individuellen Vermögensbildung, wird aber aus ihrer Sicht die schlechte Position der Vermögensbildung und -verteilung nicht signifikant verbessern können.

Eine Erhöhung des Freibetrages auf mindestens 1.200 Euro würde die Linke unter der Voraussetzung befürworten, dass die bestehende Möglichkeit zur steuerfreien Entgeltumwandlung abgeschafft wird. Gegen die Mitarbeiterbeteiligung als frei wählbare Ergänzung für die Altersvorsorge hegt die Linke keine Einwände, wenn sie nicht zu Lasten der gesetzlichen Rentenversicherung eingeführt und durch die Arbeitgeber mindestens zur Hälfte alleine finanziert wird. In diesem Fall spricht aus ihrer Sicht auch nichts gegen eine steuerliche Gleichbehandlung mit der betrieblichen Altersvorsorge.

